

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Bärthlein und Jürgen Clemens

Weltbank soll im Streit um Baglihar-Damm vermitteln

Gespräche zwischen Indien und Pakistan um den umstrittenen Baglihar-Damm im indisch kontrollierten Teil Kashmirs sind Anfang Januar gescheitert. Pakistan hat angekündigt, die Weltbank als Schlichter anzurufen, wenn Indien auf seiner Position beharrt und mit dem Dammbau am Chenab den *Indus Water Treaty* von 1960 verletze. Dieser ebenfalls von der Weltbank vermittelte Vertrag regelt die Wasserverteilung von sechs Flüssen, die alle vom indisch verwalteten Kashmir auf pakistanisches Gebiet fließen. Drei Flüsse, Ravi, Beas und Sutlej, darf Indien exklusiv zur Bewässerung nutzen; Pakistan hat die Rechte an den drei übrigen, Indus, Chenab und Jhelum. Indien darf also am Chenab nur dann zum Beispiel ein Wasserkraftwerk errichten, wenn es dadurch kein Wasser verbraucht. Genau darum geht der Streit: Pakistan befürchtet, dass es weniger Wasser erhält, sobald der Damm fertig gestellt sein wird. Indien dagegen bestreitet das und hat den Damm trotz der Proteste aus Islamabad schon fast fertig gebaut.

Heftige Schneestürme verschütteten Mitte Februar im nordwestlichen Hochgebirgsraum Südasiens zahlreiche Dörfer und Verkehrsverbindungen; sie kosteten mehreren hundert Menschen das Leben. Alleine für den indischen Teil Kashmirs wurden laut Pressemeldungen mindestens 230 Menschen im Zuge der

Reformhoffnungen auf den Malediven nach dem Tsunami

Der Präsident der Inselgruppe der Malediven, Maumoon Abdul Gayoom, gerät zusehend unter Druck, seine politischen Reformversprechungen vom Juni 2004 einzuhalten. Im Zuge der Bitten um internationale Hilfgelder wurde im Land auch gefordert, dass internationale Geber solche Gelder nur unter der Bedingung freigeben sollten, dass auch tatsächlich demokratische Reformen durchgesetzt werden. Jüngst wurde vermehrt Kritik an der Innenpolitik des seit 26 Jahren im Amt tätigen Präsidenten laut. Nach Berichten von Menschenrechtsgruppen waren seine Kritiker der Verfolgung oder gar der Folterung ausgesetzt.

Im Spätsommer 2004 war der Inselstaat wiederholt in den internationalen Schlagzeilen, nachdem Demonstranten von der Polizei gewalttätig vertrieben worden waren. Mehr als einhundert von ihnen wurden auf unbestimmte Zeit inhaftiert, darunter der Aktivist Ibrahim Ismael. Dessen Verhaftung wurde in Medienberichten als politisch besonders bizarr herausgestellt, da er nach eigenen Angaben von der Regierung gebeten worden sei, beruhigend zu den Demonstran-

ten zu sprechen, um anschließend wegen Hochverrats verhaftet zu werden. Während der einmonatigen Haft wurde er laut Presseberichten gefoltert und durfte keinen Arzt konsultieren. Nach dem Tsunami wurden alle Inhaftierten durch den Präsidenten „im nationalen Interesse“ begnadigt – eine Aktion, die laut Kritikern einzig als außenpolitisches Kalkül zu verstehen sei, um die erbetenen Hilfgelder nicht zu gefährden. Demgegenüber werten Beobachter dies durchaus auch als dessen späte Einsicht, um eine innenpolitische Zuspitzung der Lage zu vermeiden.

Bislang sind keine politischen Parteien zugelassen und der Präsident ernannt acht der 50 Parlamentsmitglieder direkt, die übrigen werden gleichmäßig zwischen den Atollen, ungeachtet der jeweiligen Einwohnergröße, verteilt. Auch die Medien, einschließlich der elektronischen Informationsquellen, werden direkt oder indirekt von der Regierung kontrolliert. Unabhängige Medien werden einzig von London sowie von Colombo, dem Hauptquartier der *Maledivian Democratic Party*, aus verbreitet.

Schneechaos

Schneestürme getötet, mehrere hundert galten als vermisst. Für Anantnag, die am schlimmsten betroffene Region auf indischer Seite südlich von Srinagar, wurden bis zu 5,5 Meter Schneefall gemeldet. Abgelegene Teilregionen konnten nur per Hubschrauber versorgt werden. Nach Presseberichten hat die indische Luftwaf-

fe auch 45 Ausländer aus Ladakh evakuiert. In Pakistan wurden mehr als 300 Todesfälle aufgrund heftiger Regen- und Schneefälle gemeldet. Auch in Afghanistan wurden offiziell mehrere hundert Kältetote gemeldet, wobei Hilfsorganisationen von deutlich höheren Opferzahlen ausgehen.

... Im Überblick ...

Indien verhandelt über Erdgaslieferungen quer durch den Kontinent

Im Februar lief die „Pipeline-Diplomatie“ in Asien auf Hochtouren: Irans Außenminister Kharrazi und Afghanistans Präsident Karzai gaben sich in Delhi die Klinke in die Hand, während Pakistans Premierminister Shaukat Aziz in Teheran Gespräche führte. Das Hauptthema war überall das gleiche: Indiens Wirtschaft boomt und braucht mehr Energie. Indiens Ölminister Mani Shankar Aiyar plant, ein Gaspipelinennetz quer durch Asien aufzubauen. Vor allem drei Länder kommen als Gaslieferanten in Frage: Iran und Turkmenistan im Westen sowie Birma (Myanmar) im Osten. Die Verhandlungen mit Birma und Bangladesch sind schon fortgeschritten. Jetzt geht es darum, auch die beiden anderen Geschäfte zu vereinbaren – eine Pipeline aus dem Iran und eine aus Turkmenistan via Afghanistan. Beide Projekte würden allerdings durch Pakistan führen, und bislang war Indien nicht bereit, seine Energieversorgung vom Nachbarland abhängig zu machen. Inzwischen hat jedoch der Iran zugesagt, für die Sicherheit der Pipeline durch Pakistan zu garantieren.

Über 2.700 Kilometer soll sich die Iran-Indien-Pipeline erstrecken. Von dem Vier-Milliarden-Dollar-Projekt würde natürlich auch Pakistan als Transitland profitieren. Dieses wirtschaftliche Interesse hat offensichtlich auch einen Sinneswandel in Islamabad herbeigeführt: Gab es dort zunächst lange Zeit Bedenken, so wird nun Mitte März Mani Shankar Aiyar zu Konsultationen erwartet.

Während die „Pipeline-Diplomatie“ für das indisch-pakistanische Verhältnis nur gut sein kann, könnten sich neue Spannungen mit China ergeben. In China hat das rasante Wachstum bereits zu Versorgungsengpässen und Stromabschaltungen geführt und der chinesische Energieverbrauch ist ein wichtiger Grund für den weltweit hohen Ölpreis. In China und Indien leben zusammen mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung. Immer häufiger sind beide Länder Konkurrenten auf dem Energiemarkt – so bemühen sich derzeit indische wie chinesische Konzerne um Anteile bei der Yukos-Tochter Yuganskneftegaz.

Neue Verkehrsverbindungen zwischen Indien und Pakistan beschlossen

Der Besuch Natwar Singhs in Pakistan von Mitte Februar brachte den lange erhofften Durchbruch: Ab dem 7. April soll es erstmals Busverbindungen zwischen beiden Teilen Kashmirs, genauer zwischen Muzaffarabad und Srinagar, geben. Die indische Regierung zog ihre ursprüngliche Bedingung zurück, dass die Kashmiris indische oder pakistanische Pässe benutzen müssten. Inder, Pakistaner und Kashmiris auf beiden Seiten der Grenze können den Bus mit speziellen *Permits* benutzen, aber nicht Bewohner eines Drittlandes. Militante Separatisten kritisierten die Übereinkunft. Sicherheitsprobleme sind noch zu klären, bevor der Busverkehr aufgenommen wird, und auch die Straße muss nach Jahrzehnten erst wieder renoviert werden. Die Entfernung zwischen Muzaffarabad und Srinagar beträgt 170 Kilometer.

Natwar Singh und seine pakistanischen Gesprächspartner verabredeten darüber hinaus, dass zusätzliche Busse zwischen Amritsar und Lahore im Punjab sowie eine Eisenbahnverbindung im Süden, zwischen Sindh und Rajasthan, eingerichtet werden sollen. Die Züge werden aber voraussichtlich erst im Herbst wieder fahren.

... Im Überblick

Zusammengestellt von Thomas Bärthlein und Jürgen Clemens

Wiederaufbau auf den Malediven

Vom Weihnachts-Tsunami wurden 49 der rund 200 bewohnten Inseln der Malediven überflutet, 87 Menschen getötet und rund ein Viertel der 87 Hotels und Freizeiteinrichtungen zerstört. Diese Schäden haben die Volkswirtschaft des stark von Tourismus abhängigen Landes hart getroffen (vgl. den Beitrag von W.-P. Zingel in diesem Heft). Tourismusmanager des Landes sehen in der Wiederbelebung dieses Wirtschaftszweiges die derzeit zentrale Aufgabe – im letzten Jahr besuchten rund 500.000 Touristen die Inselgruppen. Schätzungen für den Wiederaufbau auf den oftmals entlegenen Inseln belaufen sich auf rund 1,5 Milliarden US-Dollar. Wie schon zuvor auf freiwilliger Basis sollen nun höhere Anteile der Tourismuseinnahmen in Umweltschutzprogramme investiert werden.

Indisch-pakistanisches Benefiz-Konzert für Tsunami-Opfer

Anfang Februar traten mehr als 60 indische und pakistanische Film- und Musikstars gemeinsam in Mumbai (Bombay) bei einem Benefiz-Konzert auf. Dieses Konzert mit dem Titel *Help* wurde einige Tage später weltweit im Fernsehen übertragen. Die Veranstalter erwarteten bis Ende Februar Spenden in Höhe von rund zwei Millionen US-Dollar, die dem Nothilfe-Fonds des indischen Premierministers übergeben werden sollen. Anrufern wurde auch die Gelegenheit zu kurzen Gesprächen mit den *Bollywood*-Stars eingeräumt. Die TV-Übertragung gilt als die bislang größte Gemeinschafts-sendung indischer Sender.

Bischof Tutu fordert Registrierung Neugeborener

Zum Auftakt einer weltweiten Kampagne der Organisation *Plan* rief der südafrikanische Bischof Tutu die Regierungen auf, obligatorische Melderegister für neugeborene Kinder einzurichten. Da nicht gemeldete Kinder offiziell nicht existierten, könnten sie auch nicht an Gesundheits-, Sozial- und Bildungsprogrammen der Regierungen teilnehmen. Damit tragen sie ein weit höheres Risiko bei Katastrophenfällen oder auch gegenüber dem verbreiteten Kinderhandel. Eltern könnten oftmals nicht die Existenz ihrer Kinder beweisen und Hilfsmaßnahmen beantragen, so Tutu. Nach Schätzungen werden in Südasiens nur vier von zehn Neugeborenen offiziell registriert.

Anzeige:

Knapp sechzig Jahre nach dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland sind viele Aspekte des Zweiten Weltkrieges gründlich untersucht und diskutiert worden, wenn auch oft mit zweifelhaften Ergebnissen. Was jedoch in der larmoyant-selbstbezüglichen deutschen Debatte fast vollständig fehlt, ist der Blick auf die ungeheueren Opfer, die der Zweite Weltkrieg von und in den Ländern der Dritten Welt gefordert hat.

Ein Team von internationalistischen AutorInnen nimmt sich der Thematik nun nach langen Recherchen in einem ambitionierten Buchprojekt an. Auf knapp 500 Seiten stellt es u.a. mit Augenzeugenberichten aus 30 Ländern untermauert dar, dass die kriegführenden Mächte weite Teile der so genannten Dritten Welt als Schlachtfelder und Rohstofflager und Millionen Kolonisierte als Soldaten, Zwangsarbeiter und Zwangsprostituierte missbrauchten.



Das Buch berichtet zum Beispiel davon, dass sich in Abessinien Zehntausende Afrikaner auf beiden Seiten der Front gegenüberstanden, in Birma hunderttausend Soldaten aus West- und Südafrika gegen die Japaner kämpften und in Frankreich Inder gegen und mit (!) den Deutschen. Denn die Dritte Welt war nicht bloß Opfer in diesem Krieg. Antikoloniale Bewegungen im Nahen Osten (von Ägypten über Palästina bis in den Irak und den Iran) und in Asien (von Indien und Burma bis Thailand und Indonesien) sympathisierten mit den faschistischen Mächten und stellten Hunderttausende Freiwillige für deren Krieg.

Die 3.000 Rekruten der von den Nazis ausgehobenen »Indischen Legion« zum Beispiel scheuten sich nicht einmal, sich 1944 in die Waffen-SS eingliedern zu lassen und an Massakern gegen die französische Zivilbevölkerung zu beteiligen. Auch davon berichtet dieses Buch.

Rheinisches JournalistInnenbüro & Recherche International e.V.: "Unsere Opfer zählen nicht". Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg
Verlag Assoziation A. Berlin/Hamburg, Februar 2005. ISBN 3-935936-26-5, 444 S.; 29,50 €. www.assoziatio-a.de